

Medienmitteilung

Zürich, 23. September 2022

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 26. September 2022 Fokusthemen: Entgegennahmen, Gesundheit

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Behandlung von sechs Vorstössen, die als Entgegennahmen traktandiert sind, über die Geschäftsberichte der kantonalen Spitäler diskutieren. Danach folgt eine voraussichtlich längere Debatte über die Verselbständigung der Kantonsapotheke. In der verbleibenden Zeit wird sich der Rat Vorstössen widmen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Entgegennahmen zu Lehrpersonen, Digitalisierung, Prävention, Justiz und Energie

Rasch behandeln wird der Kantonsrat sechs Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Lehnt auch nur ein Mitglied des Rates einen Vorstoss ab, verbleibt dieser auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler fordert mit Unterstützung von SP, Grünen und EVP, dass für den Tätigkeitsbereich einer Klassenlehrperson im neuen Berufsauftrag (nBa) 200 Stunden pro Jahr (statt wie bisher 100 Stunden) eingesetzt werden sollen (KR-Nr. 232/2022). FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer bittet die Regierung darzulegen, wie sie die nationale Digitalisierungsstrategie im Zürcher Gesundheitswesen umsetzen will (KR-Nr. 235/2022). Yvonne Bürgin, Kantonsrätin der Mitte, lädt den Regierungsrat mit breiter Unterstützung ein, Massnahmen aufzuzeigen, wie die Prävention der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im ausserschulischen Bereich weiterentwickelt werden kann (KR-Nr. 236/2022). FDP-Kantonsrat Beat Habegger fordert die Regierung auf, in einem Bericht darzulegen, wie sich die Effizienz der Bezirksgerichte im Kanton Zürich steigern lässt (KR-Nr. 237/2022). SVP-Kantonsrat Christian Lucek möchte mit Unterstützung von SP, Mitte und EVP, dass der Regierungsrat Massnahmen ergreift, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen (KR-Nr. 238/2022). Und GLP-Kantonsrätin Daniela Güller fordert, unterstützt von SP, EVP und AL, den Regierungsrat auf, einen Analyse- und Massnahmenplan für die natürliche Begrünung sowie Kühlungs- und Lüftungsmassnahmen der kantonalen Schulen zu erstellen (KR-Nr. 239/2022).

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36 Bettina Balmer (FDP, Zürich), 077 431 56 52 Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti), 079 278 11 43 Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35 Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41 Daniela Güller (GLP, Zürich), 079 378 53 36

Corona war 2021 für Spitäler das dominierende Thema

Erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird am Montag die Genehmigung der Jahresberichte und der Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2021 verschiedener medizinischer Institutionen, auch wenn die Genehmigungen an sich unumstritten sind. So beantragt die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) einstimmig, die Berichte des Universitätsspitals Zürich (USZ) (5828), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) (5829), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) (5830) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) (5831) zu genehmigen. Alle Spitäler waren im Berichtsjahr wegen der Corona-Pandemie wiederum stark gefordert. Die Mitarbeitenden am USZ mussten sich um die medizinisch schwersten Fälle kümmern. Das USZ hat zudem die Herausforderungen infolge verschiedener negativer Vorkommnisse im Vorjahr angenommen und Reformen eingeleitet. So wurde unter anderem die Ärztliche Direktion neu ausgerichtet, das Kerngeschäft neu strukturiert und die Corporate Governance gestärkt. Gleichzeitig wurden grosse bauliche Investitionen vorangetrieben, was die Unternehmensrechnung erheblich belastet. Die PUK hat zur besseren Bewältigung der Corona-Pandemie Kapazitäten für das Home Treatment und die ambulante Versorgung von Kindern und Jugendlichen ausgebaut. Zudem wurde die Konsolidierung des Unternehmens. welches auf viele Standorte verteilt ist, insbesondere mit Investitionen in die Standorte Lengg und Rheinau vorangetrieben. Am KSW konnte mit der Inbetriebnahme des Ersatzneubaus «didymos» ein betrieblicher Meilenstein gefeiert werden. Erfreulicherweise konnte das KSW zudem trotz verschiedener Belastungen ein finanziell positives Ergebnis erwirtschaften. Am ipw wurde wegen der Corona-Pandemie das ambulante Angebot erweitert, ein Walk-in Kriseninterventionszentrum eröffnet und das stationäre Angebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ausgebaut. Zudem wurde die schweizweit erste Tagesklinik für Traumafolgestörungen eröffnet.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

Übertragung der Kantonsapotheke an das Universitätsspital Zürich

Eine längere Debatte dürfte es zur geplanten Verselbständigung der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) geben. Die KAZ soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und dem Universitätsspital Zürich übertragen werden. Die Gesellschaft wird damit zur Spitalapotheke des USZ, des Kantonsspitals Winterthur (KSW), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat zwar einstimmig, das Gesetz über die Verselbständigung der Kantonsapotheke Zürich (VKG) zu erlassen (5481). Unter anderem bei der Bezugspflicht für kantonale Spitäler, den Besitz- und Arbeitsverhältnissen und der Nachhaltigkeit gab es in der KSSG aber keinen Konsens, sodass das Parlament über diverse Minderheitsanträge befinden wird.

KSSG-Präsident Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00 Minderheit SP: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64 Minderheit FDP: Bettina Balmer (FDP, Zürich), 077 431 56 52 Minderheit GLP: Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), 079 230 82 32 Minderheit Grüne: Jeannette Büsser, (Grüne, Zürich), 077 255 27 56 Minderheit Die Mitte: Josef Widler (Die Mitte, Zürich), 079 448 79 48

Vorstösse zu Ombudsstelle für Patienten, Trinkwasserqualität und Palliativpflege

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat versuchen, möglichst viele der traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz fordert mit einer Motion, die von SP und GLP unterstützt wird, die Schaffung einer zentralen, unabhängigen Ombudsstelle für Patientinnen und Patienten sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens (KR-Nr. 269/2020). Lediglich zur Kenntnis nehmen wird der Kantonsrat die Antworten des Regierungsrates zu einer Interpellation von Wilma Willi. Die Kantonsrätin der Grünen hat mit Unterstützung der GLP dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu möglichen Gesundheitsrisiken aufgrund von verunreinigtem Trinkwasser im Zürcher Weinland gestellt (KR-Nr. 357/2020). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. SP-Kantonsrätin Brigitte Röösli will mit einer von GLP, Grünen und EVP unterstützten Motion, dass dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten sei mit dem Ziel, in allen Alters- und Pflegeheimen des Kantons eine zeitgemässe, umfassende Palliativpflege sicherzustellen (KR-Nr. 451/2020).

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71 Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22 Brigitte Röösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der <u>Traktandenliste</u> aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben: Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45 Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12